



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-214
vom 17.06.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Nebeneinkünfte aller Abgeordneten offenlegen

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Stefan Schostok, fordert, der Landtag müsse die Bundestagsregeln zur Kennzeichnung der Einkünfte aus Nebentätigkeiten übernehmen. „Die Bürger in Niedersachsen haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie hoch die Nebenverdienste aller ihrer Abgeordneten sind – unabhängig davon, ob sie in ihrer Nebentätigkeit als Gewerkschaftssekretäre, Unternehmer, Rechtsanwälte, Notare, Ärzte oder Landwirte arbeiten“, sagte Schostok am Donnerstag vor Journalisten in Hannover.

Hintergrund ist ein Pressebericht, der sich mit der angemeldeten Nebentätigkeit des SPD-Abgeordneten Gerd Will für die Gewerkschaft IG Metall befasst. Anders als CDU und FDP im Landtag veröffentlicht die SPD-Fraktion freiwillig die Höhe der Nebeneinkünfte nach dem Vorbild des Bundestages. „Wer zum Thema Nebeneinkünfte freiwillig im Internet Transparenz herstellt, darf erwarten, dass die Angaben auch gelesen werden. Es ist deshalb völlig legitim und auch gewünscht, wenn dazu Fragen gestellt werden“, sagte Will vor Journalisten. Er selbst lege Wert auf die Feststellung, dass er die Transparenz-Vereinbarung der SPD-Fraktion voll unterstütze. „Ich nehme den Begriff ‚gläserner Abgeordneter‘ ernst.“

Bei der Pressekonferenz trat Will durch die Nennung zahlreicher Beispiele Vermutungen entgegen, sein Nebeneinkommen sei nicht durch Arbeitsleistung gerechtfertigt. Gleichzeitig kündigte er an, die Rechtmäßigkeit seiner Nebentätigkeit durch die Landtagsverwaltung prüfen zu lassen.

Schostok sagte: „Der Niedersächsische Landtag hat leider bisher versäumt, die Bundestagsregelung zu übernehmen. So kann die Öffentlichkeit bis heute nicht nachvollziehen, wie hoch die Nebeneinkünfte aller Abgeordneten sind.“ Lediglich die Oppositionsfraktionen gäben die Auskünfte freiwillig heraus. „Wir nehmen die aktuelle Berichterstattung deshalb zum Anlass, um eine am Bundestag angelehnte Regelung für den Niedersächsischen Landtag zu verlangen.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende kündigte Gespräche mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen mit dem Ziel an, einen entsprechenden Gesetzentwurf noch in diesem Jahr in den Landtag einzubringen.